



Bundestagsdepesche

Aktuelles zur Bundespolitik von Veronika Bellmann

Mitglied des Bundestages für den Wahlkreis Freiberg/Mittleres Erzgebirge

Jahrgang 4, Ausgabe 10/2008



Neues aus der Hauptstadt

Liebe Leserinnen und Leser,

Der Deutsche Bundestag hat nach der Sommerpause seine parlamentarische Arbeit in Berlin wieder aufgenommen, damit wichtige, gesetzgeberische Entscheidungen noch im Jahr 2008 getroffen werden können. Hier blicke ich vor allem auf den Bundeshaushalt für das Jahr 2009, die Erbschaftssteuer-Reform und die letzte Stufe der Gesundheitsreform. Traditionell beginnt die Sitzungszeit der Berliner Parlamentarier im zweiten Halbjahr mit der „Haushaltswoche“, in der das Haushaltsgesetz 2009 für die Bundesrepublik Deutschland in Erster Lesung besprochen und debattiert wird. Im Anschluss an diese Erste Lesung diskutieren die Fachausschüsse des Bundestages über die einzelnen Haushaltsposten in ihren Bereichen, damit das Haushaltsgesetz 2009 in der letzten Novemberwoche 2008 in Zweiter und Dritter Lesung verabschiedet werden kann. Erfahrungsgemäß werden - wie bei jedem Gesetzentwurf - nach der Ersten Lesung Änderungen in das Gesetz eingearbeitet. Eine ungeschriebene parlamentarische Weisheit besagt schließlich: Noch kein Gesetz wurde so verabschiedet, wie es entworfen wurde.

Thre Veronika Bellmann

Schwerpunktthema im Deutschen Bundestag - Die Haushaltswoche

Bundeshaushalt 2009 und Finanzplan 2010 bis 2012

In Erster Lesung haben wir das Haushaltsgesetz 2009 beraten. Der von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf und der Finanzplan 2012 sind eine fundierte Grundlage für die nun folgenden Beratungen in den Fachausschüssen. Die Konsolidierung des Bundeshaushalts ist gut vorangeschritten. Das Ziel des ausgeglichenen Haushalts im Jahr 2011 wird bekräftigt, indem der weitere stufenweise Abbau der Nettokreditaufnahme in den Jahren 2009 und 2010 beschränkt wird. Der Bundeshaushalt 2009 sieht Ausgaben von 288,4 Mrd. Euro vor, dies sind 1,8% mehr als im Vorjahr. Davon entfallen 25,9 Mrd. Euro auf Investitionen, 42 Mrd. Euro auf Zinsausgaben. Die Nettokreditaufnahme soll auf 10,5 Mrd. Euro sinken. Ab 2011 soll ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden. Eine geringere Nettokreditaufnahme als 2009 mit 10,5 Mrd. Euro gab es zuletzt im Jahre 1989.



Finanzminister Steinbrück, Kanzlerin Merkel in der Haushaltsdebatte: "Die Große Koalition hat Fortune"

Quelle: AP

Die größten Einnahmen sind Steuereinnahmen mit 248,7 Mrd. Euro dar (+4,5 %). Die geplanten Privatisierungserlöse von 4,3 Mrd. Euro sollen zur Haushaltskonsolidierung genutzt werden. Mögliche Erlöse aus dem Bahn-Börsengang sind darin nicht enthalten. Daneben werden wie in jedem Jahr Einnahmen aus Bundesbankerlösen von 3,5 Mrd. Euro veranschlagt. Die für 2009 vorgesehene Nettokreditaufnahme von 10,5 Mrd. Euro liegt um 1,4 Mrd. Euro unter dem Zielwert 2008. Im Bundeshaushalt 2009 wird die strukturelle Lücke um fast 8

Mrd. Euro gegenüber dem Vorjahr zu verkleinern. Die Lücke lag 2005 noch bei 55 Mrd. Euro lag und reduziert sich bis 2012 auf einen Betrag von 1,7 Mrd. Euro.

Die für 2009 veranschlagten Investitionen wachsen mit bei 25,9 Mrd. Euro (9 % der Ausgaben) zu 2008 um mehr als 1 Mrd. Euro.

Die Investitionen werden auf hohem Niveau fortgeschrieben und liegen bis 2012 durchgängig bei über 25 Mrd. Euro jährlich. Die zukunftsorientierten Bereiche Klimaschutz, Forschung und Entwicklung sowie Entwicklungshilfe werden spürbar ausgebaut. Ferner wird das bereits mit dem Bundeshaushalt 2006 begonnene 25 Mrd. Euro-Impulsprogramm fortgeführt. Neben dem neu eingeführten Elterngeld, dem verstärkten Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige und den Verbesserungen beim Kinderzuschlag für Geringverdiener ist die geplante Erhöhung von Kindergeld und Kinderfreibetrag ab 2009 ein zentrales Anliegen unserer zukunftsorientierten Familienpolitik. Hierfür

Ausgaben und Einnahmen

Faktoren für Ausgabensteigerung von 5 Mrd. Euro: Besoldungserhöhung (2 Mrd. Euro), erhöhter GKV-Bundeszuschuss (1,5 Mrd. Euro), die Erhöhung der Straßenbau-Investitionsmittel (1 Mrd. Euro) und die Erhöhung der Klimaschutz-Ausgaben (600 Mio. Euro). Die beiden letzten Positionen sind gegenfinanziert durch Mehreinnahmen bei der Versteigerung von CO₂-Zertifikaten bzw. die geplante Mauterhöhung.

werden wir die haushaltsmäßigen Voraussetzungen schaffen. Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik müssen alle Voraussetzungen für eine weitere Absenkung des Beitragssatzes der Bundesagentur für Arbeit ab 2009 geschaffen werden. Im Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit müssen noch intensivere Anstrengungen zur Vermittlung und Qualifizierung von Arbeitslosen unternommen werden. Insbesondere bei den Eingliederungsleistungen sehen wir noch Effizienzsteigerungspotential, das sowohl den Arbeitslosen zugute kommt als auch das Budget entlastet.

Einzelne besonders hervorzuhebenden Punkten aus ostdeutscher Sicht

Die sächsischen CDU-Bundestagsabgeordneten haben im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages verschiedene, den Freistaat Sachsen betreffende, Anträge eingebracht. So zum Beispiel:

GA Ost

Die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Regionalförderung“ (bislang "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur", ehemals GA Ost) im Haushalts-Titel 0902 881 82 werden um 20 Mio. Euro auf 624,076 Mio. Euro gekürzt, die für 2010 bis 2012 fälligen Verpflichtungsermächtigungen (VE) werden im Gegenzug um 30 Mio. Euro auf 617 Mio. Euro erhöht. Die Mittel fließen weiterhin zu rund 85 % in die neuen Länder und bleiben damit ein bedeutender Eckpfeiler für die Investitionsförderung in Ostdeutschland.

Die Bundesregierung begründet die Zahlen damit, dass der Titel im Vergleich zur bisherigen Finanzplanung um 30 Mio. Euro angehoben und sogar bis 2012 verstetigt wird. Im Vergleich zum Soll 2008 wird der Titel jedoch um 20 Mio. Euro gekürzt.

Die Barmittelausstattung im Haushaltsjahr 2009 wird vom sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit (SMWA) als ausreichend angesehen. Mit der Erhöhung der VE bleibt der Ansatz aber immer noch um 70 Mio. Euro hinter denen das Jahres 2005 zurück. Der sächsische Antrag fordert daher die Erhöhung der VE für 2010 um 70 Mio. Euro vor, um das Volumen aus 2005 wieder zu erreichen.

Innovationsförderung (FuE) in den Neuen Ländern/ZIM

Die Mittel für die Innovationsförderung in den neuen Ländern werden von 92,0 Mio. Euro in 2008 auf 122,0 Mio. Euro in 2009 erhöht (+32,6%). Für den Fall, dass die Mittelerhöhungen Projekten mit Kofinanzierung betreffen, können mögliche Auswirkungen auf den Einzelplan 12 SMWK gegenwärtig noch nicht beurteilt werden. Das SMWK hat aber in einem früheren Stadium der Verhandlungen erklärt, dass eventuell notwendige Kofinanzierungen aus der vereinbarten Veranschlagung ggf. über Deckungsvermerke erbracht werden können.

Das BMWi hat die Technologieförderung für den Mittelstand neu geordnet. Einzelmaßnahmen sollen zusammengefasst werden, um sie nutzerfreundlicher und effizienter zu machen und die Innovationsbeteiligung des Mittelstandes zu steigern.

Eine wesentliche Rolle bei der Neuordnung spielt im Einzelplan 09 BMWi das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM, Titel 0902 683 82 „Technologieförderung Mittelstand“). In ihm mehrere Förderprogramme (InnoNet, NEMO, ProInno) zur Förderung von Forschungsprojekten im Mittelstand zusammengefasst. Dieses Programm steht dann auch den alten Bundesländern offen, durch eine entsprechende Mittelaufstockung ist jedoch gewährleistet, dass die Mittel für die neuen

Länder nicht gekürzt werden.

Das ZIM soll im Ergebnis aus drei Modulen bestehen: einzelbetriebliche Förderung, Kooperationsförderung und Netzwerkförderung. Kleine Unternehmen werden höher gefördert als mittlere Unternehmen. Kooperationen erhalten Bonus gegenüber Einzelprojekten. Ziel: unbürokratische, schlagkräftige Förderung für den innovativen Mittelstand in ganz Deutschland!

ECKWERTE (in Mrd. €)	Ist	Soll	Entwurf	Finanzplan		
	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Ausgaben	270,4	283,2	288,4	292,4	295,2	300,6
Veränderung ggü. Vorjahr	+3,6%	+4,7%	+1,8%	+1,4%	+1,0%	+1,8%
Jahresdurchschnittliche Veränderung 2008 bis 2012				+1,5%		
Einnahmen	270,4	283,2	288,4	292,4	295,2	300,6
Steuereinnahmen	230,0	238,0	248,7	255,4	266,3	276,0
Sonstige Einnahmen	26,0	33,3	29,2	31,0	28,9	24,6
davon Einnahmen aus Kapitalvermögen (u.a. Privatisierung)	4,5	10,7	4,3	6,5	4,6	1,7
Nettokreditaufnahme (NKA)	14,3	11,9	10,5	6,0	0,0	0,0
Investitionen	26,2	24,7	25,9	25,9	25,5	25,3
Strukturelle Lücke	18,8	22,6	14,8	12,5	4,6	1,7

Die Politische Lage in Deutschland

Union bleibt die stabile Kraft der Großen Koalition – SPD ist innerlich zerrissen:

Nach dem würdelosen Umgang mit ihrem Bundesvorsitzenden Beck sucht die SPD nun ihr Heil in einer neuen Spitze. Die entscheidenden Fragen bleiben jedoch weiterhin ungeklärt. Während der designierte Beck-Nachfolger Müntefering erklärt, seine Partei werde nach der Bundestagswahl auf keinen Fall mit der Linkspartei koalieren, demonstriert Frau Ypsilanti in Hessen weiter, wie unglaublich sozialdemokratische Wahlversprechen sind. Unter Bruch aller vor der Wahl abgegebenen



Beteuerungen und nur angetrieben von ihrem eigenen Machtwillen sucht sie weiterhin die Zusammenarbeit mit den Alt-Kommunisten. Und auf Bundesebene wirbt die sozialdemokratische Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten offen um die Stimmen der Linkspartei. Jetzt sind Kanzlerkandidat Steinmeier und der künftige SPD-Vorsitzende Müntefering aufgefordert, die Glaubwürdigkeit der SPD wiederherzustellen und den hessischen Experimenten ein Ende zu bereiten. Unklarheit herrscht auch hinsichtlich des weiteren wirtschafts-

und sozialpolitischen Kurses der Sozialdemokraten: Wollen sie weiter in der unionsgeführten Bundesregierung die notwendige Modernisierung unseres Landes vorantreiben oder flüchten sie in die Realitätsverweigerung linker Wohlfühlpolitik? Bekennst du dich die Parteiführung zu den Erfolgen der Sozial- und Arbeitsmarktreformen oder folgst du den Forderungen des linken Flügels nach höheren Transferleistungen und Rücknahme der Reformen? Hier fordern wir in der Union die SPD-Führung auf, in dieser Frage endlich Klarheit herzustellen.

Angesichts der Zerrissenheit der SPD ist die Union als der stabile Pfeiler der großen Koalition umso mehr gefordert. Auf uns kommt es deshalb an, wenn auch im letzten Jahr der Legislaturperiode wichtige politische Projekte entschlossen angegangen werden sollen. Vor uns liegt noch viel Arbeit:



IMMER SCHLIMMER



Reform der Erbschaftssteuer, Föderalismusreform II, Senkung der Lohnnebenkosten sind nur einige wichtige Stichworte. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bekennt sich klar und eindeutig zur Regierungsverantwortung in der Großen Koalition und wird alles tun, auch die verbleibende Zeit bis zur Bundestagswahl zum Erfolg werden zu lassen.

Klausurtagung des Fraktionsvorstandes - Signal der Stärke und Geschlossenheit

Von der Klausurtagung des Fraktionsvorstandes am 10./11. September 2008 in München ging ein überzeugendes Signal der Stärke und Geschlossenheit aus. Wir haben uns in wichtigen Fragen klar positioniert.

Der Fraktionsvorstand hat ein Positionspapier „Energie für Deutschland – jetzt die Weichen stellen für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung“ beschlossen. Die massiven Preissteigerungen bei Energie haben in aller Deutlichkeit die große Bedeutung einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung für die wirtschaftliche Entwicklung und für die Sicherung der Lebensqualität in unserem Lande bewusst gemacht.

Aus unserer Sicht ist es entscheidend, dass es zu keiner weiteren Verteuerung der Energie durch weitere staatliche Maßnahmen kommen darf. Es gilt zudem, Energie effizienter zu nutzen, neuen, erneuerbaren Energien zum Durchbruch zu verhelfen und durch einen breiten Energiemix – unter Einschluss der Kernenergie – mit möglichst vielen Lieferländern unsere Abhängigkeiten zu verringern. Wir sind bereit, für die Bereiche Energieeinsparung und Energieforschung weitere Mittel aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung zu stellen.

Durch eine Laufzeitverlängerung unserer sicheren Kernkraftwerke kann ebenfalls eine Entspannung der Preissituation bei Strom und Gas erreicht und eine weiter zunehmende Abhängigkeit insbesondere von Gasimporten verhindert werden. Die Entscheidung über eine Verlängerung der Laufzeiten muss geknüpft werden an die Bereitschaft der Energieversorgungsunternehmen, zusätzliche Mittel für eine Entlastung der Bürger bereitzustellen, etwa durch die Schaffung eines Fonds für Entlastung in einer Größenordnung von 40 Mrd. Euro.

Mit dem Ziel, den Bürgern eine Entlastungsperspektive aufzuzeigen, hat man sich im Rahmen dieser Klausurtagung auf ein Ent-

lastungspaket in einem Umfang von 10 Mrd. Euro verständigt. Dazu gehören die verbesserte steuerliche Abzugsfähigkeit der Beiträge zur privaten und gesetzlichen Krankenversicherung, die Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages sowie die Absenkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung.

Der Fraktionsvorstand fordert die Absenkung des Beitragssatzes von derzeit 3,3 auf 2,8 Prozent, damit können Arbeitnehmer und Arbeitgeber um insgesamt weitere 4 Mrd. Euro entlastet werden. Eine Absenkung in diesem Umfang ist finanzierbar, die bei der Bundesagentur für Arbeit aufgelaufenen Überschüsse müssen soweit wie möglich an die Beitragszahler zurückgegeben werden.

Aus dem Bericht des Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur, Frank-J. Weise, wurde deutlich, dass in den zurückliegenden Jahren beträchtliche Erfolge auf dem Arbeitsmarkt erzielt wurden. Ebenso deutlich wurde auch, dass noch enorme Anstrengungen im Bildungsbereich unternommen werden müssen, um eine der grundlegenden Ursachen für Langzeitarbeitslosigkeit zu beseitigen, nämlich schlechte Schulbildung und fehlende Schulabschlüsse.

Wir haben zudem hingewiesen auf die noch anstehenden wichtigen Aufgaben in der großen Koalition in den nächsten Monaten und auf die hier erforderlichen inhaltlichen Klärungen, so insbesondere bei der Reform der Erbschaftsteuer, wo wir unsere mittelstandspolitischen Anliegen mit aller Entschiedenheit vertreten werden, oder bei der Frage der Einführung einer wirksamen Schuldenbremse im Rahmen einer zweiten Föderalismusreform. Die SPD bleibt aufgefordert, ihre innerparteilichen Differenzen im Interesse der Wahrung der Handlungsfähigkeit der großen Koalition möglichst rasch zu klären.

Die Lage in Afghanistan

In den letzten Wochen ist deutlich geworden, dass die Sicherheitslage in Afghanistan angespannt ist. Die Bundeswehr war mehrfach Ziel von Anschlägen. Dabei hatten wir den Tod eines unserer Soldaten zu beklagen. Zwei weitere Soldaten wurden schwer verletzt. Die Anschläge auf die Bundeswehr zeigen, welche gefährvolle Aufgabe unsere Soldaten übernehmen, damit wir in Sicherheit leben können.



Uns war immer klar: Auslandseinsätze und die Bekämpfung des Terrorismus sind mit außergewöhnlichen Gefahren verbunden. Aber die Einsätze bleiben wichtig und nötig für unsere nationale Sicherheit. Schließlich ist bekannt, dass die Taliban von Pakistanisch-Afghanischem Gebiet aus Terrorkämpfer ausbilden, die in der ganzen Welt operieren sollen. Auch in Deutschland sind nach Geheimdienstangaben Anschläge geplant. Meines Erachtens ist die Bekämpfung des Übels an der Wurzel, also im Ursprungsland vorrangig, damit Anschläge in Deutschland gar nicht erst stattfinden können. Die Folgen eines solchen Anschlages zu verarbeiten wäre viel schlimmer und kostenintensiver als die Auslandseinsätze der Bundeswehr. Die Hilfe zur Selbsthilfe der Afghanen ist da allemal günstiger! Die Bundesregierung hat in der vergangenen Woche ein aktualisiertes Afghanistankonzept beschlossen. Darin wird deutlich: Wir wollen Kurs halten, um Afghanistan in einem schwierigen regionalen Umfeld zu stabilisieren und weiter aufzubauen. Um erfolgreich zu sein, müssen wir aber auch unsere Anstrengungen erhöhen, um der afghanischen Bevölkerung zu helfen, ihre Lebensbedingungen zu verbessern und den staatlichen und gesellschaftlichen Wiederaufbau abzusichern. Deshalb begrüßen wir den Vorschlag der Bundesregierung, die Mandatsobergrenze um 1.000 Mann auf 4.500 zu erhöhen und die Mittel für den zivilen Wiederaufbau um 30 Millionen auf 100 Millio-



nen Euro aufzustocken. Das Konzept ist eine gute Grundlage für die im Oktober anstehenden Diskussionen zu den Mandatsverlängerungen.

Auslandseinsätze der Bundeswehr

In der vergangenen Woche haben wir drei Mandate für die Auslandseinsätze der Bundeswehr verlängert. Mit der Beteiligung unserer Marine an der UNIFIL-Mission vor der libanesischen Küste tragen wir erfolgreich zur Stabilisierung der Lage im Nahen Osten bei. Das Unterbinden des Waffenschmuggels soll auch weiterhin ein Wiederaufflammen des Konflikts verhindern und die Regierung von Ministerpräsident Siniora unterstützen. Zusätzlich werden die Fähigkeiten der libanesischen Marine zur Sicherung der eigenen Seegrenzen durch Ausrüstungs- bzw. Ausbildungshilfe fortlaufend verbessert. Aufgrund erster Erfolge kann die Mandatsobergrenze für die Bundesmarine von 1.400 auf 1.200 Soldaten reduziert werden. Das Mandat soll um 15 Monate verlängert werden, damit ein neuer Bundestag nach der Wahl im kommenden Jahr ausreichend zeitlichen Spielraum hat.

Die schwierige Sicherheitslage im Sudan erfordert es, dass wir unsere Anstrengungen dort ebenfalls fortsetzen. Im Rahmen der UNAMID-Mission zum Schutz der notleidenden und verfolgten Zivilbevölkerung ist die Bundeswehr mit 250 Soldaten beteiligt. Sie unterstützen die afrikanische Friedenstruppe vor allem mit Transportflügen. Außerdem helfen 75 deutsche Soldaten im Rahmen von UNMIS, die schwierige Umsetzung des Nord-Süd-Friedensabkommens von 2005 zu überwachen und zu unterstützen.

Für alle Auslandseinsätze gilt: Wir schicken unsere Soldatinnen und Soldaten nicht leichtfertig, sondern nur nach genauer Abwägung unserer Interessen und Ziele in Konfliktregionen. Die Entwicklung zeigt, wie erfolgreich die Bundeswehr ihre vielfältigen Aufgaben angeht.

Russland muss seine Truppen aus Georgien zurückziehen

Die kriegerische Auseinandersetzung zwischen Russland und Georgien haben uns große Sorge bereitet. Wir haben die unverhältnismäßigen Aktionen der russischen Armee genauso verurteilt, wie die inakzeptable einseitige Anerkennung der abtrünnigen Provinzen Abchasien und Südossetien. Es ist der besonnenen Diplomatie unserer Bundeskanzlerin sowie des entschlossenen Auftretts der EU zu verdanken, dass die Waffen zwischen Russland und



Georgien schweigen. Russland muss nun seinen Teil des Sechspunkte-Plans erfüllen und bis zum 1. Oktober seine Truppen aus dem georgischen Kernland zurückziehen - so wie es der EU zugesichert worden ist.

Wir begrüßen zudem den Beschluss der europäischen Staats- und Regierungschefs, den Wiederaufbau Georgiens maßgeblich zu unterstützen und den Truppenrückzug Russlands von einer eigenen Mission beobachten zu lassen.

Wir appellieren an Russland, im Kaukasus zu einer konstruktiven Politik zu finden. Bei allem Unmut über das derzeitige russische Verhalten ist es richtig, die Gesprächskanäle mit Russland offen zu halten. Allerdings ist es jetzt auch an der russischen Führung, sich um ein besseres Verhältnis mit der EU und zur NATO zu bemühen. Die russische Regierung darf nicht länger den Eindruck erwecken, dass Verträge und Absprachen für sie keine Bedeutung hätten.

Russland und Europa sind voneinander abhängig. Deswegen sind wir an guten gegenseitigen Beziehungen interessiert und wollen auf den Gebieten zusammenarbeiten, die beiden Seiten Nutzen bringen. Dafür bleibt das geplante Partnerschaftsabkommen ein wichtiger Rahmen. Dies habe ich gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Europaausschusses des Deutschen Bundestages Gunther Kriechbaum und Vertretern der russischen Staatsduma am 17. September 2008 in der vergangenen Woche diskutiert.

Kurz notiert

Eingliederungszuschüsse erhöhen die Beschäftigungschancen spürbar

Der aus Mitteln der Bundesagentur für Arbeit gezahlte Zuschuss zum Arbeitsentgelt für erwerbsfähige Hilfsbedürftige, die ein gefördertes Beschäftigungsverhältnis aufgenommen haben, sind ein wirksames Mittel zur Steigerung der Beschäftigungschancen. 20 Monate nach Beginn der Förderung waren knapp 70 Prozent der geförderten ALG-II-Empfänger in regulärer Beschäftigung. In einer Vergleichsgruppe ähnlicher, aber ungeförderter arbeitsloser Hilfebedürftiger traf dies für weniger als 30 Prozent zu. Die geschätzte Förderwirkung beträgt damit rund 40 Prozentpunkte.

(Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung)

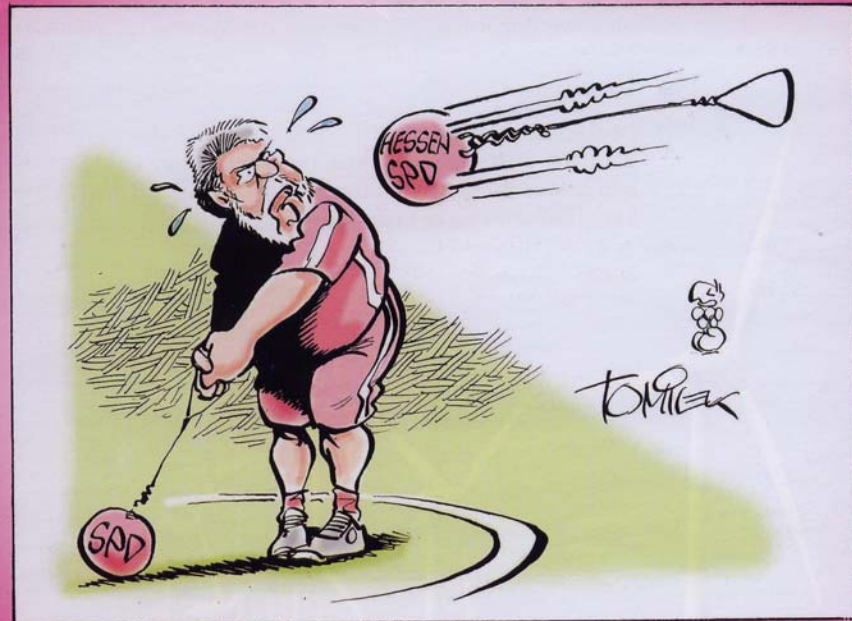
Sichtbare Verbesserungen im Bildungssystem:

Die im Bildungswesen vor allem seit der ersten PISA-Studie unternommenen Reformanstrengungen zahlen sich aus. Im letzten Jahr konnten erfreulicherweise in allen Bundesländern deutliche Verbesserungen erreicht werden. Die bildungspolitische Spitzengruppe besteht weiterhin aus den unionsregierten Ländern Sachsen, Baden-Württemberg, Thüringen und Bayern. Schlusslicht bleibt Mecklenburg-Vorpommern. Die größten Verbesserungen gegenüber dem Vorjahr erzielten Niedersachsen, Bremen, Sachsen-Anhalt, das Saarland und Thüringen. Dennoch besteht auch weiterhin Verbesserungsbedarf.

Insbesondere das Angebot an Ganztagsbetreuung in Schulen und Kindertagesstätten sollte weiter ausgebaut werden. Darüber hinaus gefährdet der Rückgang an Absolventen natur- und technikkundlicher Studiengänge den wirtschaftlichen Erfolg des Standorts Deutschland.

(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft)

Die Seite-5-Karikatur



DEUTSCHE HAMMERWERFER

Termine

- | | |
|---|--|
| 22. - Sitzungswoche des Deutschen Bundestages | 03.10. Feststunde Tag der Deutschen Einheit im Sächsischen Landtag in Dresden |
| 22.09. Unternehmertag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Berlin | 03.10. Präsentation der Stadt Mittweida „Tag der Sachsen 2009“ im Sächsischen Landtag in Dresden |
| 29.09. Gespräche zum Thema Hospiz Oederan und Seniorenheim Pfaffroda im Bürgerbüro Freiberg | 06. - Ausschusswoche des Deutschen Bundestages in Berlin |
| 29.09. Sitzung des CDU-Kreisvorstandes Mittelsachsen in Mittweida | 08.10. Verleihung des Ehrenpreises der Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft an Prof. Dr. Georg Milbradt in Dresden |
| 01.10. Freiburger Wirtschaftstag in der Alten Mensa in Freiberg | 09.10. Bürgersprechstunde im Bürgerbüro Freiberg |
| 02.10. Gespräch mit Bürgermeisters Schreiter und Besuch der Grundschule in Großschirma | 09.10. Gründung des Dorfladens in Falkenau |
| 02.10. Festveranstaltung zum Tag der Deutschen Einheit mit Stephan Krawczyk (Liedermacher/Autor) auf Schloss Augustusburg | 10.10. CDU-Kongress „Perspektiven für den Osten Deutschlands“ in Dresden |
| | 10.10. Eröffnung der Galerie „Begegnungen“ im Mehrgenerationenhaus in Freiberg |

Kontakt

Berlin
 Platz der Republik 14, 11011 Berlin
 Tel.: (030) 227 77607
 Fax: (030) 227 76602
 veronika.bellmann@bundestag.de
 Redaktion: Markus B. Jaeger

Freiberg
 Erbische Str. 5, 09599 Freiberg
 Tel.: 03731 212967
 Fax: 03731 459446
 veronika.bellmann@wk.bundestag.de

www.veronika-bellmann.de